

Überregionaler Pressespiegel 28.01.2012

Sächsische Zeitung | 28.01.2012 | Thomas Schade

Die Laus im Pelz

Rentner Hans hatte Telefondienst, als die Polizei am 19. Februar 2011 das „Haus der Begegnung“ Dresden stürmte. Seither soll er einer kriminellen Vereinigung angehören. Vom Ermittlungseifer zwischen den Gedenktagen.

Sein Herz schlägt links. Hans macht daraus kein Geheimnis, auch wenn er nie aktiv in der Politik mitgemischt hat. Der 62-Jährige war Eisenbahner, viele Jahre als Fahrdienstleiter in Dresden und Radebeul. Jetzt ist er Rentner. Als Junge hat er Anfang der 50er-Jahre in Dresden noch zwischen den Trümmern gespielt, die der 13. Februar 1945 hinterlassen hatte. „Deshalb berührt mich diese Bombennacht auch ganz persönlich“, sagt er. Normalerweise wäre Hans dabei, wenn alljährlich viele Menschen auf die Straße gehen, um zu verhindern, dass Neonazis diesen Gedenktag missbrauchen. Aber seine Knie machen nicht mehr mit. „So sehe ich, dass ich mich irgendwie nützlich machen kann an diesen Tagen.“ Meist hilft er ehrenamtlich. So war es auch vor einem Jahr, am 19. Februar. Da übernahm er den Telefondienst im „Haus der Begegnung“ in der Großenhainer Straße 93 in Dresden. Er will es 2012 wieder tun, obwohl sich seither in seinem Leben einiges verändert hat.

An jenem Sonnabend 2011 wollten wieder Rechtsextremisten aufmarschieren. Das Bündnis „Dresden nazifrei“ schaffte es, die Aufzüge weitgehend zu blockieren. Dabei kam es jedoch an mehreren Orten zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Mehr als 6000 Beamte aus mehreren Bundesländern mussten rund 3.000 Rechte und 12.000 Gegendemonstranten auf Distanz halten. Viele wurden verletzt. Der Polizeieinsatz kostete weit mehr als eine Million Euro. Es entstand Sachschaden von mehr als 60.000 Euro. Die Stadt war im Ausnahmezustand.

Davon merkte Hans damals wenig. Bei ihm riefen den ganzen Tag über meist ältere Leute an, „solche, die sich nicht über Twitter oder SMS orientieren“, wie er sagt. Die wussten, dass die Geschäftsstelle des Stadtverbandes der Linken an solchen Tagen besetzt ist und wollten meist wissen, wo sie mitdemonstrieren könnten. „Wir informierten uns im Internet und gaben Auskunft“, sagt Hans. Außerdem hatte im „Haus der Begegnung“ das Bündnis „Dresden nazifrei“ ein Pressebüro, wo viele Informationen angekommen seien. „Um 19 Uhr wollten wir Feierabend machen.“ Aber dazu kam es nicht.

Denn um 18.30 Uhr begann ein großer Krach im Haus. „Türen wurden eingetreten, vermummte Gestalten mit Helm und schwarzen Uniformen stürmten herein und nahmen uns fest“, erzählt Hans. Was er erst später erfuhr: Die anscheinend überaus motivierten Polizisten griffen sogar zur Kettensäge, brachen eine Anwaltskanzlei auf und machten auch vor einer Wohnung im Dachgeschoss nicht halt. Einige der Festgenommenen mussten sich ausziehen bis auf die Unterwäsche. Hans lernte an diesem Abend das SEK kennen – das Spezialeinsatzkommando der sächsischen Polizei, das nie um Einlass bittet.

„Ich musste meinen Ausweis vorzeigen, dann wurde ich vorläufig festgenommen.“ Nach Mitternacht brachten sie den Rentner zur Schießgasse, irgendwann morgens um vier nahmen sie ihm seine Fingerabdrücke ab, dann durfte er nach Hause gehen. Die Polizei sagte ihm noch, dass er verdächtigt werde, einer kriminellen Organisation anzugehören,

so wie alle anderen, die an diesem Abend im Haus der Begegnung waren.

Heute, fast ein Jahr nach der Aktion, sagt Hans: „Ich habe schon eine Menge erlebt, aber wie ich in dieser Nacht zum Kriminellen gestempelt wurde, das hat mich schon erschüttert.“ Rechtsanwalt André Schollbach, der Hans vertritt, spricht von einer „völlig unverhältnismäßigen Aktion“, vom „Versuch der Einschüchterung“ und der „Kriminalisierung“ der Menschen, die sich den Rechtsextremisten friedlich entgegengestellt und ihren Aufmarsch blockiert hätten. Mittlerweile hat der Anwalt gerichtlich überprüfen lassen, ob bei der Razzia alles mit rechten Dingen zugeht. „Die Ermittlungsbehörden hatten keinen schriftlichen Durchsuchungsbeschluss, sie hatten nur eine mündliche richterliche Genehmigung und die bezog sich auf Räume in einem anderen Grundstück“, sagt er. Das Dresdner Amtsgericht habe ihm auf alle bisher gestellten Anträgen bestätigt, dass die Razzia rechtswidrig gewesen sei.

Fehler durch schnelles Handeln

Auch in der Dresdner Staatsanwaltschaft räumt man inzwischen ein, dass an jenem Abend nicht alles optimal gelaufen ist, aber man habe eben schnell handeln müssen. Den entstandenen Sachschaden hat der Freistaat inzwischen bezahlt. Die Aktion habe sich nicht gegen Organisationen wie „Die Linke“ oder den „Roten Baum“ gerichtet. „Sie hatten dort eine Laus im Pelz“, sagt der für den Staatsschutz zuständige Oberstaatsanwalt Jürgen Schär heute. Mehr will er wegen laufender Ermittlungen nicht preisgeben. Von anderen ist zu hören, dass es sich bei der Laus um das sogenannte „Gewalthandy“ handelte, das am 19. Februar längere Zeit im Haus der Begegnung geortet worden war. Dieses Mobiltelefon war angeblich das entscheidende Kommunikationsmittel, mit dem an diesem Tag gewalttätige autonome Gruppen koordiniert worden sein sollen. Unklar ist allerdings, wer der Besitzer dieses Handys ist und ob er noch im Haus war, als das SEK kam.

Schon seit dem Frühjahr 2010 fahndet eine Ermittlungsgruppe des Landeskriminalamtes nach diesem Handy und seinem Besitzer. Es wird einer Gruppe linksautonomer Gewalttäter zugeordnet, die inzwischen als „Antifa-Sportgruppe“ bekannt geworden ist. Dass eine solche Gruppe existiert, wissen die Ermittler aus der kriminalistischen Analyse einer Reihe von Straftaten gegen Personen aus der rechten Szene. Der wohl schwerste Vorfall ereignete sich in den Morgenstunden des 18. Oktober 2009 mitten in Dresden. Da überfielen Unbekannte drei Rechte, die auf dem Heimweg von einer Neonazidemo in Leipzig waren. Die Täter gingen äußerst brutal vor und traten einem 22-Jährigen, der bereits am Boden lag, mit den Füßen auf den Kopf. Das Opfer erlitt einen Schädelriss und kam mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus. Der Überfall wird als Mordversuch eingestuft und reiht sich ein in eine Serie von ähnlichen Straftaten. Die werden von einer offenbar sportlich trainierten Gruppe verübt, die sehr konspirativ, sehr schnell und sehr gewalttätig vorgeht. Gegen etwa 20 Personen wird deshalb wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung ermittelt.

Vor dem 13. Februar 2011 gingen die Ermittler davon aus, dass diese von ihnen gesuchte „Antifa-Sportgruppe“ dem geplanten Neonazi-Aufzug kaum tatenlos zusehen würde. Das Landeskriminalamt schlug deshalb vor, den Handyverkehr zu überwachen. Angesichts der erwarteten Auseinandersetzungen genehmigte das Amtsgericht auch die Funkzellenauswertung. So kamen die LKA-Ermittler in den Besitz von 896072 Handy-Verbindungsdaten, aus denen sie 257858 Rufnummern und schließlich 40732 Namen und Adressen ermittelten.

Zusätzlich setzten die Ermittler am 19. Februar den sogenannten IMSI-Catcher ein, um zwei Handys möglichst ganz genau orten zu können. Das Gerät arbeitet wie eine mobile Funkzelle, bei der sich alle Mobiltelefone im Umkreis anmelden. So kann ein bestimmtes Handy verfolgt werden. Tatsächlich soll der IMSI-Catcher die Ermittler zum „Haus der Begegnung“ geführt haben. Dort war das „Gewalthandy“ geortet worden – der Anlass für die Razzia und die rabiate Entscheidung, auch Hans, den Rentner der Links-Partei, fortan als Mitglied der „Antifa-Sportgruppe“ zu verdächtigen. Inzwischen, sagt sein Anwalt, hat das Amtsgericht festgestellt, dass es rechtswidrig war, dem Rentner bei der Polizei die Fingerabdrücke abzunehmen. „Aber mit dem Vorwurf, kriminell zu sein, muss ich bis heute leben“, klagt Hans.

Schnell liefen 300 Einzelverfahren

Noch in der Nacht, in der der Rentner vorläufig festgenommen wurde, beschloss Dresdens damaliger Polizeipräsident Dieter Hanitsch, die Sonderkommission „19/2“ zu bilden. Sie sollte die Auseinandersetzungen rund um die Blockade aufarbeiten und Tatverdächtige ausfindig machen. Von fast 300 Blockierern hatte die Polizei die Personalien festgestellt, prominente Blockierer waren im Fernsehen zu sehen. Zudem sollen auch Neonazis Strafanzeigen gegen Linke erstattet haben. In kürzester Zeit hatte die Soko 19/2 mehr als 300 Einzelverfahren auf dem Tisch. In über 20 Fällen verfolgte sie Steinewerfer und andere Gewalttäter, denen schwerer Landfriedensbruch vorgeworfen wurde.

Die Soko regte zu Beginn der Ermittlungen nun ihrerseits eine Funkzellenabfrage an, um die schweren Straftaten besser nachweisen zu können. Die Ermittler bekamen 138630 Verkehrsdaten von 65645 verschiedenen Anschlüssen und filterten 460 Rufnummern heraus, die an den Tatorten geortet wurden. 379 Einzelpersonen wurden ermittelt. Ende Mai stellte das Landeskriminalamt (Lka) die riesige Datenmenge der Soko zur Verfügung. Anfang Juni fand ein Beschuldigter Protokolle der Verbindungsdaten in seiner Akte, obwohl ihm nur ein Verstoß gegen das Versammlungsgesetz vorgeworfen wurde. Am 16. Juni erfuhr Sachsens Datenschutzbeauftragter Andreas Schurig davon und leitete sofort schriftliche Kontrollen ein. Trotz intensiver Debatte mit der Staatsregierung beanstandete Schurig die massenhafte Datenabfrage. Die Soko und das Lka wären mit ihren Funkzellenabfragen zum Teil weit „über das Ziel hinaus“ geschossen. Den Einsatz des IMSI-Catchers hielt er für rechtens. Die Telefondatensammlung weitete sich zur Affäre aus, dem Dresdner „Handygate“.

Auch dadurch wurde bekannt, dass der Freistaat im Sommer 2011 im großen Stil gegen Blockierer vom 19. Februar vorging. Als sächsische Polizisten im August auch noch Wohnung und Diensträume des Jugendpfarrers Lothar König in Jena durchsuchten und bekannt wurde, dass auch der 58-Jährige Mitglied der „Antifa-Sportgruppe“ sein soll, brach ein Sturm der Entrüstung los. Es wuchs der Druck auf die Ermittler. Sie mussten zeitweilig mehrfach am Tag vorgesetzten Dienststellen berichten, Ermittlungsarbeit blieb liegen.

Staatsanwaltschaft: Wir haben "maßvoll reagiert"

Dennoch weist die Staatsanwaltschaft Kritik zurück, die Verfahren würden zu lange dauern, und Blockierer würden kriminalisiert. Man habe „maßvoll reagiert“, erklärte Behördensprecher Lorenz Haase. Derzeit sind fast 240 Verfahren bearbeitet, in 70 Fällen wurden Strafbefehle beantragt, in sieben Fällen Anklage erhoben. Der große Rest wurde gegen Geldauflagen eingestellt. Im ersten Prozess gegen einen Steinewerfer vertrat Oberstaatsanwalt Schär selbst die Anklage und erklärte in seinem Plädoyer, dass man sehr wohl differenziert habe zwischen einfachen Verstößen gegen das

Versammlungsgesetz und Gewalttaten. Der Staatsanwalt wurde sogar grundsätzlich: Er glaube sehr wohl, dass die größere Gefahr für die Demokratie von Rechts ausgehe. Aber auch für Rechtsextreme gelte das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit. Das könne man als großes Übel empfinden und darauf mit zivilem Ungehorsam in Form von Blockaden reagieren. Wer so handele, nehme aber ein kleineres Übel in Kauf – einen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz. So sei eben die nüchterne Rechtslage, sagte Schär. Darüber werde gesellschaftlich, auch unter Juristen, heftig debattiert.

Prominente, wie Sachsens SPD-Chef Martin Dulig, haben sich abgefunden mit diesem Konflikt zwischen Rechtsstaatlichkeit und wehrhafter Demokratie, wie sie es nennen, und Geldauflagen erfüllt. „Ich habe 700 Euro bezahlt an die Aktion Zivilcourage in Pirna, die, sagen wir mal, mit meiner Demokratiestrafe jetzt gute wertvolle Arbeit leisten können“, so Dulig.

Der pensionierte Eisenbahner Hans weiß allerdings noch nicht, ob auch ihn eine Strafe erwartet. „Trotzdem frage ich dieses Jahr wieder, ob sie mich brauchen am 13. Februar“, sagt er.

<http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2971105>

Neues Deutschland | 28.01.2012

Christen blockieren mit

Dresden bereitet sich auf die Proteste gegen Naziaufmärsche vor

Am 13. und 18. Februar wollen in Sachsens Landeshauptstadt wieder Nazis aufmarschieren. Das offizielle Dresden will demonstrieren, jedoch nicht zu Blockaden aufrufen. Man stehe aber »in keiner politischen Gegnerschaft« zum Blockade-Bündnis »Dresden Nazifrei!«.

Dresden (epd/nd). Rund 10 000 Menschen werden am 18. Februar zu einer zentralen Kundgebung gegen Rechtsextremismus auf dem Dresdner Schlossplatz erwartet. Im Anschluss an die Veranstaltung, bei der unter anderem der langjährige SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel sprechen wird, ist eine Demonstration rund um die Altstadt zur Synagoge geplant, kündigte der Moderator des Bündnisses »Arbeitsgemeinschaft 13. Februar«, Frank Richter, am Freitag in Dresden an.

Die Route werde »möglichst lang flexibel gehalten«. Damit soll eine gewünschte Hör- und Sichtweite zu den angekündigten rechtsextremistischen Demonstrationen gewährleistet werden, hieß es. Erstmals hat sich in Dresden rund um den Gedenktag am 13. Februar ein Protest-Bündnis von Stadtspitze, Stadtratsfraktionen, Gewerkschaften und Kirchen zusammen gefunden. Dessen Aktionen stehen unter dem Motto »Mit Mut, Respekt und Toleranz - Dresden bekennt Farbe«. Bereits am 13. Februar wird zu einer Menschenkette rund um die Altstadt eingeladen. Kirchgemeinden laden am 18. Februar zu Bittgängen für den Frieden ein.

Die »Arbeitsgemeinschaft 13. Februar« werde jedoch nicht zu Blockaden aufrufen, bekräftigte Richter, der auch Direktor der Landeszentrale für politische Bildung in Sachsen ist. Die Blockaden blieben auch der »unüberbrückbare Gegensatz« zum Bündnis »Nazifrei! - Dresden stellt sich quer«, mit dem es »Kontaktgespräche« gegeben habe. Die Arbeitsgemeinschaft befinde sich »aber in keiner politischen Gegnerschaft« mit dem Blockade-Bündnis, das weit mehr als 10 000 Neonazigegner aus dem gesamten

Bundesgebiet in der Elbestadt erwartet.

Am Donnerstag hatten mehr als 50 Politiker und Theologen ebenfalls zur Blockade der Neonazi-Aufmärsche aufgerufen. »Gerade als Christen sind wir aufgefordert, uns der menschenverachtenden und menschenfeindlichen Ideologie der Neonazis massiv entgegenzustellen«, heißt es in dem Aufruf der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus (BAGKR). Gewaltfreie Blockaden seien eine Gewissensentscheidung und gehörten zum Grundrecht auf freie Meinungsäußerung.

Das breite Bündnis aus Politikern, Bischöfen, Theologen, evangelischen Synodalen und kirchlich Engagierten will sich unter dem Motto »Nächstenliebe verlangt Klarheit - Kein Naziaufmarsch, nirgendwo« versammeln. Geplant ist ein »christlicher Blockadepunkt im Kontext der Proteste«.

Zu den Erstunterzeichnern des Aufrufes gehören die Bundestagsvizepräsidenten Katrin Göring-Eckardt (Grüne), Wolfgang Thierse (SPD) und die Landesbischöfin der Evangelischen Kirche Mitteldeutschlands, Ilse Junkermann.

Wie in dem Aufruf betont wird, wollen sich die Unterzeichner nicht »von den Kriminalisierungsversuchen zivilen Ungehorsams durch Teile der Politik und Behörden« irritieren lassen. Vielmehr »müssen wir uns denen entschlossen entgegenstellen, die die unveräußerlichen Menschenrechte mit Füßen treten und die Demokratie beseitigen wollen«, hieß es.

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/216846.christen-blockieren-mit.html>

Jungle World | Nr.4 | Michael Bergmann

Zwischen Coventry und Leningrad

Zum Jahrestag der Bombardierung Dresdens werden Neonazis auch diesmal einen Fackelmarsch abhalten. Auf eine zusätzliche Großdemonstration scheint die Szene jedoch zu verzichten. Die Auseinandersetzung mit dem deutschen Opfermythos wird indessen vernachlässigt.

Die Generalprobe für den Großaufmarsch von Neonazis Mitte Februar in Dresden ist gelaufen. Vergangene Woche marschierten rund 1 300 Neonazis durch die Magdeburger Innenstadt, um der Bombardierung der Stadt im Zweiten Weltkrieg zu gedenken. Aus Sicht der Rechtsextremisten lief die Demonstration störungsfrei, obwohl etwa 10 000 Menschen gegen den Aufmarsch protestierten: Die Gegendemonstranten hatten eine Menschenkette um die Innenstadt gebildet, als symbolischen »demokratischen Schutzwall« gegen die Neonazis; Blockadeversuche scheiterten. In einer Reportage des MDR wurde resümiert: »Die Magdeburger haben aus einem schwierigen Anlass ein buntes Fest gemacht, weder Rechts- noch Linksextreme haben heute die Stadt dominiert.« In Dresden könnte es am Abend des 13. Februar ähnlich laufen – mit dem Unterschied, dass man dort mit doppelt so vielen Neonazis wie in Magdeburg rechnen muss. Wie in jedem Jahr wollen sie dort, anlässlich der Bombardierung Dresdens, mit Fackeln durch die Stadt marschieren.

Unklar ist weiterhin, was auf die Stadt am Samstag nach dem 13. Februar zukommt. An diesem Tag fanden zumindest in den Vorjahren die Aufmärsche der Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland (JLO) statt. Das Bündnis »Dresden Nazifrei«, das diese zuletzt erfolgreich blockiert hatte, ruft auch in diesem Jahr für den Samstag zu Massenblockaden auf. Nach Informationen des Dresdener »Antifa-Rechercheteams« (ART) findet jedoch diesmal kein ernstzunehmender Nazi-Aufmarsch am Samstag statt.

»Die Nazis aus der freien Kameradschaftsszene wollen keine Demo an diesem Tag, und die JLO ist nicht in der Lage, so etwas allein zu organisieren«, sagte Simone Ritter vom ART im Gespräch mit der Jungle World. Außerdem sei die NPD, die in der Vergangenheit ebenfalls am Wochenende aufmarschierte, »zurzeit zurückhaltend«. Ritter zufolge »wird sie sich da anschließen, wo sie den geringsten Aufwand hat«. Dafür habe der traditionelle Fackelmarsch am 13. Februar innerhalb der Szene an Bedeutung gewonnen.

Auch Falk Kämpfer, Pressesprecher des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen, bestätigt, dass für den Samstag »bis auf einzelne Meinungsäußerungen von Rechtsextremisten im Internet noch keine öffentliche Mobilisierung zu verzeichnen« sei. Dies lasse ihn annehmen, dass eine Demonstration der Neonazis am Wochenende, falls sie überhaupt stattfindet, deutlich kleiner sein werde als der Fackelmarsch, den das »Aktionsbündnis gegen das Vergessen« organisiert, ein neonazistisches Bündnis, das seit 2007 von der freien Kameradschaftsszene getragen wird. Unter der offiziellen Bezeichnung »Gedenk- und Trauermarsch« fordert das Bündnis ein »würdevolles, authentisches Gedenken« an die Bombardierung der Stadt.

Sollten sich am 18. Februar dennoch Neonazis nach Dresden verirren, dürften sie auf starke Gegenwehr treffen. Dem Sprecher der Stadt, Kai Schulz, zufolge habe sich die Stadt mit Parteien, Verbänden, Kirchen und zivilgesellschaftlichen Gruppen auf »Protestaktionen in Hör- und Sichtweite der Nazi-Demonstration geeinigt«. »Dies ist ein weiterer großer Schritt der Bürgerschaft«, sagte er. Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich stellte sich überraschend an die Spitze der Aktion. Verschiedene zivilgesellschaftliche Gruppen, bei denen der CDU-Mann eher dafür bekannt ist, Aktivitäten von Neonazis in Sachsen zu verharmlosen oder zu ignorieren, reagierten skeptisch auf diese Nachricht: Man könne nicht glauben, dass Tillich einen Protest in »Hör- und Sichtweite« anführe, wenn die Gefahr bestünde, dass sich auch nur drei Nazis zu einer Demonstration formierten, ist dort zu hören – ein Zeichen, dass auch die Stadt keinen Aufmarsch am Samstag erwartet. »Dresden Nazifrei« hält dennoch an dem Aufruf zu Massenblockaden an diesem Tag fest, um Europas größten Aufmarsch von Neonazis, zu dem sich die Samstagsdemonstration entwickelt hatte, »endgültig Schachmatt zu setzen«. Sollten doch keine Neonazis aufmarschieren, so Bündnissprecher Paul Tschirner gegenüber der Jungle World, könne man immerhin feiern, dass die Dynamik ihrer Aufmärsche in Dresden gebrochen worden sei.

Zweifellos hat das linke Bündnis in den vergangenen Jahren viel geleistet. Doch der Jubel darüber, dass der Samstagsaufmarsch der Neonazis ein Ende gefunden habe, könnte verfrüht sein. In den letzten 14 Jahren kam es immer wieder vor, dass die Neonaziszene nur am eigentlichen Jahrestag der Bombardierung demonstrierte. Tschirner meint, »die NPD-JLO-Demonstrationen und der 13. Februar sind zwei unterschiedliche Paar Schuhe«. Man rufe natürlich auch für diesen Tag dazu auf, die Neonazis zu stoppen, aber für eine bundesweite Mobilisierung reiche es nicht. Auf diese Weise könnten alle Beteiligten Erfolge vermelden: Die Neonazis werden am 13. Februar ihren Fackelmarsch mit mehreren Tausend Teilnehmern durchführen, das Bündnis »Dresden Nazifrei« kann am 18. Februar feiern, dass man die Nazis zurückgedrängt habe, und die Stadt Dresden wird verkünden können, dass die Dresdener Bürgerschaft den Aufmarsch am 18. Februar verhindert habe.

Ungeachtet aller Diskussionen um die Massenblockaden in Dresden und deren Erfolge rückte in den vergangenen Jahren die Auseinandersetzung mit dem Opfermythos, für den Dresden als Symbol steht, in den Hintergrund. Es scheint mittlerweile üblich geworden zu sein, Deutschen als Opfern des Krieges zu gedenken – wenn auch in Abgrenzung zu den Neonazis. So sagte die Grünen-Vorsitzende Claudia Roth jüngst in Magdeburg, man dürfe nicht zulassen, dass die Nazis das »Leid«, das mit der Bombardierung verbunden gewesen sei, »missbrauchen«. Die Stadt Dresden wiederum hat die offizielle Trauerfeier,

die alljährlich am 13. Februar auf dem Heidefriedhof stattfindet, umgestaltet, um sie besser vor einer »Vereinnahmung« zu schützen. Zukünftig sollen keine Kränze mehr an der Gedenkmauer niedergelegt werden, sondern weiße Rosen in einem Rondell aus Sandsteinsäulen.

Schulz erläuterte der Jungle World diesen Gedenkort: »Stellvertretend für die Stätten des Krieges wurden 14 Orte ausgewählt.« Dabei stünden sieben Säulen für die Konzentrationslager von Auschwitz, Bergen-Belsen, Buchenwald, Dachau, Ravensbrück, Sachsenhausen und Theresienstadt; weitere vier symbolisierten die Zerstörung Coventrys, Leningrads, Rotterdams und Warschaws durch die deutsche Wehrmacht. Für die Massaker an der Zivilbevölkerung durch Wehrmacht und SS stünden wiederum Lidice und Oradur. Und schließlich: »Die Stele mit der Aufschrift Dresden erinnert an die Bombardierung Dresdens und die zivilen Opfer im Ergebnis des Kriegsverlauf«, so Schulz. Nach Meinung des antideutschen Bündnisses »Keine Versöhnung mit Deutschland!« steht das Konzept des Stelenkreises für genau das, was die Neonazis mit der Bezeichnung »Bombenholocaust« zum Ausdruck bringen wollen. Die Pressesprecherin des Bündnisses, Susen Blum, sagte im Gespräch mit der Jungle World: »Nazis und Bürger haben unterschiedliche Motive. Die einen wollen Rache und die anderen Versöhnung. Im entscheidenden Punkt sind sie sich allerdings einig: Mit ihrem Bezug auf die angeblich unschuldigen Bombenopfer wollen sie die Taten der Deutschen relativieren.« Das Bündnis fordert deshalb 67 Jahre nach der Bombardierung Dresdens, das Gedenken daran endlich abzuschaffen.

<http://jungle-world.com/artikel/2012/04/44741.html>

Lausitzer Rundschau | 28.01.2012

Ex-SPD-Chef Vogel redet auf Antinazi-Demo

Dresden Der frühere SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel ist Hauptredner auf der großen Antinazi-Demonstration am 18. Februar in Dresden.

Das teilte die Arbeitsgruppe „13. Februar“ am Freitag mit. Nach der Kundgebung auf dem Schlossplatz soll es rund um die Altstadt eine Demonstration und eine Abschlusskundgebung an der Synagoge geben. Die Aktionen stehen unter dem Motto „Mit Mut, Respekt und Toleranz. Dresden bekennt Farbe“. Sie richten sich gegen einen für diesen Tag geplanten Aufzug von Rechtsextremisten. Das Bündnis „Dresden Nazifrei“ hat separat zu Blockaden des Neonazi-Aufmarsches aufgerufen. Diese sind rechtlich umstritten und gelten in Sachsen als Straftat.

Die AG „13. Februar“ will ein sichtbares Zeichen gegen Rechts und Gewalt setzen und hat dazu aufgerufen, dass die Teilnehmer bunte Schals, Tücher oder Mützen tragen. Der Slogan „Krieg Deinen Arsch hoch“ soll Bürger zum friedlichen Protest rufen, die sich bisher lediglich verbal gegen Nazi-Ideologie und -Aufmärsche positionieren.

Für den 13. Februar plant die Stadt erstmals ein Gedenken auf dem Heidefriedhof ohne die in der Vergangenheit übliche Kranzniederlegung. Als Zeichen der Trauer, des stillen Gedenkens und der Mahnung werden stattdessen weiße Rosen abgelegt. Am Abend soll eine über die Elbe reichende Menschenkette die Altstadt umschließen. *dapd/roe*

<http://www.lr-online.de/nachrichten/sachsen/Ex-SPD-Chef-Vogel-redet-auf-Antinazi-Demo;art1047,3661327>

ähnliche Artikel:

Leipziger Volkszeitung: <http://www.lvz-online.de/nachrichten/mitteldeutschland/frueherer-spd-vorsitzender-hans-jochen-vogel-redet-auf-antinazi-demo-in-dresden/r-mitteldeutschland-a-123102.html>

Ergänzungen Überregionaler Pressespiegel 27.01.2012

MDR Sachsen | 27.01.2012 | 21:08 Uhr

Dresden ruft zu Menschenkette und Kundgebung auf

Rund zwei Wochen vor dem Gedenktag an die Zerstörung Dresdens am 13. Februar 1945 wird in der Stadt weiter um Protestformen gegen Rechtsextreme gerungen. Während das lokale Protestbündnis zu gewaltfreien Aktionen gegen Neonazis und gegen Blockaden aufruft. Unterdessen rief die Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus zu gewaltfreien Blockaden am 13. und 18. Februar auf, ebenso wie das Bündnis "Dresden Nazifrei". 4.500 Polizisten werden im Einsatz sein.

Die Arbeitsgruppe "13. Februar" hat am Freitag den Stand der Vorbereitungen für die Protestaktionen rund um den Gedenktag in Dresden vorgestellt. Sprecher Frank Richter teilte mit, dass als Hauptredner auf der zentralen Kundgebung am 18. Februar der frühere SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel gewonnen werden konnte. Zudem würden Überlebende der Angriffe auf die im Zweiten Weltkrieg bombardierten Städte Dresden sowie Wielun in Polen sprechen. Rund 10.000 Menschen erwartet das Bündnis auf dem Schlossplatz. Sie sollen, in Hör- und Sichtweite eines geplanten Neonazi-Aufmarsches, gegen Rechtsextremismus demonstrieren.

Als sichtbares Zeichen gegen Rechts seien alle Teilnehmer aufgerufen, bunte Schals, Tücher oder Mützen tragen, sagte Richter. Der provokante Slogan "Krieg Deinen Arsch hoch" solle Bürger zum friedlichen Protest rufen, die sich bisher lediglich verbal gegen Nazi-Ideologie und -Aufmärsche positioniert haben. Nach der Kundgebung seien eine Demonstration sowie eine Abschlusskundgebung an der Synagoge geplant. Die Stadt erwartet in diesem Jahr rund 2.000 Neonazis. Es seien Aufmärsche für den 13. und den 18. Februar angemeldet.

Gedenkfeier ohne Kranzniederlegung

Mit den Veranstaltungen am 18. Februar betritt die 2009 gegründete Arbeitsgruppe Neuland. In den vergangenen beiden Jahren gab es "lediglich" eine Menschenkette am Jahrestag der Bombardierung Dresdens, am 13. Februar. Mit der Ausweitung der Aktionen auf den 18. Februar wolle das Bündnis aus Politik, Wirtschaft, Kultur, Sport und Religion gegen den geplanten Aufmarsch von Rechtsextremen protestieren. Die Menschenkette am 13. Februar werde es in diesem Jahr auch wieder geben, teilte das Bündnis mit. Sie werde um 17 Uhr am Rathaus starten. Um 18 Uhr soll sie, begleitet vom Geläut der Dresdner Kirchen, für mindestens 15 Minuten geschlossen werden.

Änderungen wird es nach Angaben der Arbeitsgruppe auch bei der Gedenkfeier auf dem Dresdner Heidefriedhof geben. Sie werde erst um 15:00 statt um 11:00 Uhr beginnen, um allen Teilnehmer anschließend die Möglichkeit zu geben, an der Menschenkette in der Innenstadt teilzunehmen. Dazu würden wieder Shuttlebusse eingesetzt. Auf eine Kranzniederlegung auf dem Heidefriedhof werde in diesem Jahr verzichtet, hieß es weiter. Stattdessen würden die Teilnehmer weiße Rosen ablegen. Bündnis "Dresden Nazifrei" erwartet 10.000 Blockierer

Separat zu den zentralen Veranstaltungen hat das Bündnis "Dresden Nazifrei" zu Blockaden des Neonazi-Aufmarsches aufgerufen. Frank Richter von der AG 13. Februar bedauert diesen Schritt. Die vom Bündnis "Dresden Nazifrei" organisierten Blockaden blieben ein "unüberbrückbarer Gegensatz". Eine "politische Gegnerschaft" gebe es aber

nicht. Das Blockade-Bündnis erwartet in Dresden weit mehr als 10.000 Demonstranten aus dem gesamten Bundesgebiet.

Ebenfalls zu Blockaden hat ein kirchennahes Bündnis aufgerufen. Dem Bündnis gehören mehr als 50 Politiker, Theologen und kirchlich Engagierte an, unter ihnen die Landesbischöfin der Evangelischen Kirche Mitteldeutschlands, Ilse Junkermann, und der Hannoveraner Landesbischof Ralf Meister. Die Unterzeichner wollen sich eigenen Angaben zufolge nicht "von den Kriminalisierungsversuchen zivilen Ungehorsams durch Teile der Politik und Behörden" irritieren lassen. Neonazis dürften nicht ungehindert durch Dresden marschieren, heißt es in dem Aufruf weiter.

Polizei ruft zu Gewaltfreiheit auf

Unterdessen hat die Dresdner Polizei alle Teilnehmer der Demonstrationen am 13. und 18. Februar zu Gewaltfreiheit aufgerufen. Alle, die zu Versammlungen aufrufen oder sie durchführen, trügen auch Verantwortung dafür, dass es in der Stadt friedlich bleibt, sagte Polizeipräsident Dieter Kroll am Freitag. Rund 4.500 Beamte aus dem gesamten Bundesgebiet werden demnach im Einsatz sein. Sie würden dafür sorgen, dass es den Neonazis nicht gelingt, Angst und Fremdenhass zu verbreiten. "Deren Aufzug werden wir streng kontrollieren, verhindern können wir ihn nicht." Mit Blick auf öffentliche Aufrufe zu Blockaden machte Kroll deutlich, dass Straftäter konsequent verfolgt werden. Er hatte bereits in der vergangenen Woche angekündigt, dass die Polizei erneut auf die Erfassung von Handydaten setzen wird, um Gewalttäter zu ermitteln. Blockierer müssten zudem mit dem Einsatz von Wasserwerfern, Räumpanzern und "anderen Hilfsmitteln" rechnen.

2011 eskalierte die Gewalt

Rechte Aufmärsche und Gegendemonstrationen hatten das Gedenken in der Vergangenheit immer wieder durch heftige Auseinandersetzungen und Randalen überschattet. Mit Blockaden konnten tausende Demonstranten 2010 und 2011 verhindern, dass Rechtsextremisten durch die Innenstadt marschierten. Vor einem Jahr eskalierte dabei die Gewalt von Links und Rechts, mehr als 100 Polizisten wurden verletzt.

http://www.mdr.de/sachsen/vorbereitungen-dresden-protest100_zc-f1f179a7_zs-9f2fcd56.html

Freie Presse | 27.01.2012

Tillich will Einsatz gegen Rechtsextremismus auf Agenda setzen

Weiteres Schlüsselthema des Jahres wird Doppelhaushalt 2013/2014 sein

Dresden (dapd-lsc). Die Landesregierung will in diesem Jahr neben der Aufstellung des Doppelhaushalts 2013/2014 das Engagement gegen Rechtsextremismus zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit machen. Es sei wichtig, das Bewusstsein in der Gesellschaft auch gegenüber beginnendem Rechtsextremismus zu schärfen, sagte Ministerpräsident Stanislaw Tillich am Freitag in Dresden beim Jahresausblick 2012.

Ein NPD-Verbot sei ein wichtiges Instrument, aber nicht das einzige, sagte der CDU-Politiker. Es werde zahlreiche Aktionen und Veranstaltungen geben, darunter eine

Fortsetzung der Konferenz gegen Rechtsextremismus im Jahr 2007 in Riesa. Sein Besuch am kommenden Montag beim Zwickauer Demokratiedialog werde "keine Eintagsfliege" sein, betonte der Ministerpräsident.

An den Veranstaltungen gegen Rechts am 13. und 18. Februar in Dresden werde er sich beteiligen. Die Veranstaltung am 18. solle eine überparteiliche sein. Es herrsche Einigkeit, "dass wir ein Zeichen setzen müssen, dass die Nazis den 13. Februar nicht für ihre Zwecke missbrauchen." An diesem Tag wird der Opfer der Bombardierung Dresdens am 13. Februar 1945 gedacht.

Nach Ansicht der Oppositionsparteien im sächsischen Landtag hat Tillich sich bislang nicht eindeutig genug gegen den Rechtsextremismus positioniert. Es sei wenig hilfreich, wenn der Ministerpräsident sich nicht traue, im Parlament Stellung zum Zwickauer Neonazi-Trio oder zum 13. Februar zu nehmen, sagte die Grünen-Fraktionsvorsitzende Antje Hermenau.

Tillich dürfe nicht im Landtag schweigend zuschauen, wie CDU und FDP "jeglichen Minimalkonsens beim Umgang mit den Nazis" torpedierten", mahnte der Linken-Fraktionsvorsitzende André Hahn. Ein SPD-Antrag für eine breite Beteiligung an friedlichen Protesten im Februar war am Donnerstag im Landtag an einem Änderungsantrag der CDU gescheitert, der Blockaden als Protestform verurteilte.

Das Schlüsselthema Doppelhaushalt 2013/2014 wird am 8. und 9. Februar zunächst auf einer Eckwerte-Klausur des Kabinetts behandelt werden. Der Doppelhaushalt werde mit der Absicht aufgestellt, keine neuen Schulden aufzunehmen, erklärte Tillich. Es gehe darum, mit sinkenden Mitteln etwa aus dem Solidarpakt fertig zu werden und gleichzeitig die kommenden Generationen nicht zu belasten, betonte er. Erklärtes Ziel sei deshalb die Aufnahme einer Schuldenbremse in die Landesverfassung.

Die Steuermehreinnahmen kompensieren Tillich zufolge die Mindereinnahmen sowie die Mehrbelastungen etwa durch steigende Personalkosten für Staatsbedienstete nicht. Unvorhergesehene Ausgaben dürften nicht in Neuverschuldung führen. Einzelheiten zu eventuell geplanten Kürzungen nannte Tillich nicht. Ein Schwerpunkt seien zusätzliche Investitionen in die Bildung. Im Dezember hatte sich die Koalition auf ein Bildungspaket gegen Lehrermangel geeinigt, für das 200 Millionen Euro Mehrausgaben vorgesehen sind. dapd

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Tillich-will-Einsatz-gegen-Rechtsextremismus-auf-Agenda-setzen-artikel7888854.php>
